

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 5/2021

22. Dezember 2021



Liebe Leserinnen und Leser,

als ich letztes Jahr um diese Zeit frohe Weihnachten gewünscht habe, waren wir mitten in der zweiten Corona-Welle und das Land im zweiten Lockdown. Wer hätte es damals für möglich gehalten, dass die Pandemie uns so lange begleitet und unser aller Leben dermaßen bestimmt. Nun befinden wir uns in der vierten Welle und mit der Omikron-Variante steht uns die fünfte unmittelbar bevor. Dank der Immunisierungsmöglichkeiten herrscht zwar derzeit kein Lockdown, doch sind wir lange nicht da, wo wir eigentlich hin wollten, ja hin müssen. Impfen ist der einzige Weg aus der Pandemie. Eine Mehrheit der Menschen hat das verstanden und lässt sich impfen. Aber es sind immer noch zu wenige, um das Virus zu beherrschen und weitere Mutationen zu verhindern. Es ist die Verbohrtheit oder Irreführung einer kleinen Minderheit, die verhindert, dass wir unsere Grundrechte und unsere Unbeschwertheit aus Vor-Corona-Zeiten wiederbekommen. Deswegen spreche ich mich inzwischen ebenfalls für eine Impfpflicht aus, obwohl ich diese vorher weder für nötig, noch für erstrebenswert gehalten habe. Ich war der Überzeugung, dass die Menschen vernünftig genug, ja dankbar dafür sind, dass wir diese medizinische Möglichkeit haben, um uns vor schweren Krankheitsverläufen und gar Todesfällen zu schützen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die grün-schwarze Landesregierung, allen voran Gesundheitsminister Lucha, das Krisenmanagement bis heute nicht wirklich im Griff hat. Eine Panne jagt die nächste und die miserable Kommunikation tut ein Übriges, damit Politikverdrossenheit und Zweifel an unserer Demokratie zunehmen. Die AfD und andere Populisten machen sich das zunutze. Sie schüren die staatsfeindliche Stimmung und gefährden den gesellschaftlichen Frieden, und das inzwischen in einem

Ausmaß, das ich für sehr gefährlich halte. Gut, dass es hier jetzt im Bund Orientierung und mit Gesundheitsminister Lauterbach klare Ansagen gibt.

Das Jahresende ist im parlamentarischen Kalender von den Haushaltsberatungen für das kommende Jahr geprägt. In dieser Woche wird der Staatshaushaltsplan 2022 nach Dritter Beratung mit den Stimmen der Regierungsfractionen und gegen die Oppositionsparteien verabschiedet. Es stehen der Landesregierung auf jeden Fall ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung, um die bevorstehenden Herausforderungen zu meistern und unser Land weiter voranzubringen. Allein, es fehlt der Plan!

Und es wäre noch weitaus mehr Geld da, wenn Grün-Schwarz nicht 21 Millionen Euro in die unsägliche „The Länd“-Kampagne gesteckt hätte, die keiner versteht und keiner braucht. Oder 53 Millionen Euro für minderwertige chinesische Beatmungsgeräte rausgeschmissen hätte, die kaum zum Einsatz kommen und in den Kliniken des Landes Platz wegnehmen und verstauben. Vom fehlgeplanten und überdimensionierten Baden-Württemberg-Pavillon auf der Weltausstellung in Dubai ganz zu schweigen.

Was hätte man mit diesen Millionen alles machen können? Wie viele zusätzliche Lehrkräfte hätte man einstellen können, wie viele Krankheitsvertretungen? Wie viele Lehrerinnen und Lehrer könnten damit über die Sommerferien angestellt und damit dem System erhalten bleiben? Wie viele Luftfilter hätten in Schulen und Kitas angeschafft werden können? Doch hier zeigt sich der neue Finanzminister Bayaz mehr als sparsam und verweigert seiner Parteikollegin im Kultusministerium die geforderten, dringend notwendigen Stellen. Bleibt uns der hoffnungsfrohe Blick nach Berlin: Die Ampelregierung hat angekündigt, die Länder mit Milliardenbeträgen im Bildungsbereich zu unterstützen.

Angesichts dieser hoffnungsfrohen Botschaft wünsche ich Euch, Euren Familien und Freunden eine besinnliche und entspannte Weihnacht und ein glückliches, aber vor allem gesundes neues Jahr. Und natürlich wie immer eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Bildungschaos bleibt

In der 19. Sitzung des Landtags am 11. November thematisierte die SPD im Rahmen einer Aktuellen Debatte das auch nach dem Amtswechsel im Kultusministerium fortbestehende Bildungschaos im Land.

Seit über einem Jahr bestimmt die Pandemie das Leben an unseren Schulen. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Dr. Stefan Fulst-Blei**, verweist darauf, dass die SPD immer wieder konkrete Konzepte vorgelegt und angemahnt habe. Doch immer wieder bedurfte es Initiativen des Bundes, damit das Land sich bewegt. Und selbst dann handelte es zumeist unzureichend. Immer öfter erreichten die Fraktion Beschwerdemails wegen Unterrichtsausfalls. Der Frust bei Schülern, Eltern und Lehrkräften sei groß. Die SPD habe die Übernahme des Kultusministeriums durch die Grünen mit Hoffnung verbunden, denn nach dem gemeinsamen Bildungsaufbruch 2011-2016 folgten fünf Jahre bildungspolitischer Eiszeit. Für Corona könne niemand etwas, aber dieses Schuljahr hätte besser laufen müssen. Die Landesregierung habe nichts dazugelernt. Fulst-Blei kritisiert das zu späte und unzureichende Luftfilterprogramm und die zu frühe Aufhebung der Maskenpflicht im Herbst. Die Lehrkräfteversorgung sei brutal auf Kante genäht und die Krankheitsvertretung meist schon komplett aufgebraucht. Teilweise könne Ganztagsunterricht nicht mehr gewährleistet und Familie und Beruf nicht mehr vereinbart werden. Gleichzeitig erhielten qualifizierte Bewerber keine Stelle. Doch die Not an den Schulen spiele in der Haushaltsdiskussion keine Rolle. „Es ist unverantwortlich, dass das Land die dringend benötigten Stellen verweigert. Den Preis dafür zahlen die Schulen“, so Fulst-Blei. Besonders herrsche Notstand an den SBBZ. „Das Recht auf Bildung von Kindern mit Behinderungen funktioniert nicht mehr“, zitiert er die GEW-Vorsitzende Monika Stein. Es sei ein Skandal, dass Corona der Landesregierung keine einzige zusätzliche Stelle wert sei. Es sei anzuzweifeln, dass die bisher aufgelegten Programme, den Nachholbedarf decken. „Rückenwind“ bereite den Schulleitungen einen enorm hohen Organisationsaufwand. Allein mit externen Kräften könne das nicht geleistet werden, es brauche zusätzliche Lehrkräfte und pädagogische Assistenten. Zwar sei das Kultusministerium von Schwarz zu Grün gewechselt, der stiefmütterliche Umgang mit den Schulen habe sich aber nicht geändert. Mit den 21 Millionen Euro für die Pseudo-Image-Kampagne „The Länd“ hätte die Krankheitsreserve für dieses Schuljahr um mehr als 300 Stellen aufgestockt werden können. „Das Bildungschaos muss endlich ein Ende haben!“

Generaldebatte zum Staatshaushalt

In der 22. Sitzung des Landtags fand bei der Zweiten Beratung des Staatshaushaltsgesetzes 2022 die Generalaussprache der Fraktionen statt. Hier dazu Auszüge aus meiner Rede:

„Nicht nur wegen der Pandemie und ihrer Folgen leben wir in schwierigen Zeiten. Wir leben auch mitten in gewaltigen Veränderungen, die ein Weiter-so nicht zulassen. Jahrzehnte alte Gewissheiten werden infrage gestellt und Eckpfeiler unseres wirtschaftlichen Erfolgs drohen einzuknicken. Was, wenn unsere Produkte auf dem Weltmarkt nicht mehr gefragt sind? Wenn unser Wirtschaftsmodell, das auf der Annahme der unbegrenzten Ressourcenverfügbarkeit beruht, aufgrund des Klimawandels nachhaltig werden muss? Deutschland wird und muss sich ändern. Die neue Bundesregierung ist sich dessen bewusst und wird die Änderungen gestalten. Das ist, was Olaf Scholz meint, wenn er sagt: „Zukunft passiert nicht einfach. Zukunft wird gemacht.“ Baden-Württemberg gehört zu den Ländern, die sich am meisten ändern müssen. Nirgendwo wird die veränderte Mobilität so gravierende Auswirkungen haben, die Transformation und die Frage nach den Arbeitsplätzen der Zukunft so tiefgreifend sein und die digitale Revolution heftiger ausfallen. Uns trifft der Wandel besonders, weil wir Spitzenpositionen zu verteidigen haben. Deswegen müssen wir besonders viel machen, wenn es darum geht, Zukunft zu gestalten. Aus Berlin weht ein neuer, ein guter Wind. Diesen Rückenwind sollte das Land nutzen, die Segel setzen und einen guten Kurs fahren. Obwohl die größte Regierungspartei im Land nun auch im Bund mitgestaltet, hat man den Eindruck, der Ministerpräsident befindet sich insgeheim noch in der Opposition und bleibt in der politischen Schmollecke, wo man gegen den Rückenwind ankreuzen will. Das schadet unserem Land! Der Finanzminister kündigt einen Haushalt der Stabilität an, was nichts anderes heißt, als die Hände in die Taschen zu stecken. Doch die sind voller Geld! Die Landesregierung steht so gut im Futter, dass sie 17 Milliarden Euro an genehmigten Krediten gar nicht anfassen muss. Machen Sie, was die Bundesregierung jetzt tut und die SPD-Fraktion seit Monaten fordert: Nehmen Sie Geld in die Hand und bewältigen Sie die riesigen Herausforderungen, vor denen wir stehen! Eine Flut an Änderungsanträgen, wie sie dieses Haus noch nicht gesehen hat, zeigt, dass selbst die Regierungsfaktionen den ursprünglichen Haushaltsentwurf als völlig unzureichend betrachtet haben. Einen Kurs, einen Plan suchen wir trotzdem immer noch vergebens. Wer Projekte voranbringen will, braucht Ziele und klare Prioritäten, sonst sind wir mit all den Milliarden ganz arm dran.“

Abstimmung Ampel-Koalitionsvertrag: „Große Zustimmung für einen Vertrag, der auf der Seite der Menschen steht!“

Nach zahlreichen Veranstaltungen zum Austausch in den Ortsvereinen und mit den Mitverhandelnden auf Landesebene wurde auf dem hybrid veranstalteten außerordentlichen SPD-Bundesparteitag am 4. Dezember in Berlin über den Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP abgestimmt. 98,8 Prozent stimmten dem Vertrag zu. Als Landeschef habe ich mich sehr über dieses großartige Ergebnis gefreut. Es spricht für die starken sozialdemokratischen Inhalte in einem Koalitionsvertrag, der greifbar und mit klaren Vorhaben und Ansprüchen auf der Seite aller Menschen in Deutschland steht: für mehr Respekt, für Zusammenhalt und für eine umfassende Modernisierung unseres Landes. Mit diesem Vertrag kommen neben dem Bürgergeld, den 12 Euro Mindestlohn, der Kindergrundsicherung, mehr ambitioniertem Klimaschutz und 400.000 neuen Wohnungen auch spürbare Verbesserungen und massive Investitionen für gleiche Bildungschancen für alle Kinder.

Es war für mich eine ganz besondere Ehre und eine tolle Aufgabe, bei den Koalitionsverhandlungen als früherer Kultusminister die SPD-Arbeitsgruppe „Bildung und Chancen für alle“ zu leiten. Gemeinsam mit Stefanie Hubig, Kultusministerin in Rheinland-Pfalz, Ties Rabe, Bildungssenator in Hamburg, und Oliver Kaczmarek, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, haben wir gemeinsam mit führenden Bildungspolitikern unserer Koalitionspartner die Richtlinien für eine zukunftsfähige und gerechte Bildungspolitik erarbeitet. Die neue Bundesregierung wird mit massiven Investitionen ein Jahrzehnt der Bildungschancen starten. Für unsere Kinder und unsere Zukunft brauchen wir die besten Schulen und Kitas in unserem Land. Und unsere Bildungseinrichtungen müssen endlich den Sprung ins digitale Zeitalter schaffen.



Foto: SPD Baden-Württemberg

Wahl des SPD-Bundesvorstands:



Foto: Fion Grösse SPD

„Ein starkes Team an unserer Spitze!“

Auch über die Ergebnisse unseres regulären Bundesparteitags am 10. Dezember in Berlin habe ich mich sehr gefreut. Mit Saskia Esken und Lars Klingbeil haben wir ein starkes Team an unserer Spitze. Mit Kevin Kühnert als neuem Generalsekretär können wir als SPD geschlossen in ein sozialdemokratisches Jahrzehnt starten. Alle drei haben in den letzten Jahren und besonders in diesem Bundestagswahlkampf gezeigt, dass sie Respekt und Zusammenhalt leben, dass sie wissen, warum Kontinuität wichtig ist und wie Fortschritt geht. Sie stehen für eine wirklich soziale Politik, die echte Verbesserungen für alle Menschen im Land bedeuten. Das ist eine starke Spitze für eine moderne, junge und vielfältige Partei, die den richtigen Plan für unsere Zukunft hat.

Mein Dank und Respekt gilt unserem verabschiedeten Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans. Gemeinsam mit Saskia Esken hat er es erst möglich gemacht, was jetzt Realität geworden ist: Wir haben die Bundestagswahl gewonnen. Wir haben einen sozialdemokratischen Kanzler. Wir sind kampagnenfähig und stehen als Partei geschlossen und bereit, den Fortschritt im Land zu gestalten.

Dass ich erneut in den Parteivorstand der Bundes-SPD gewählt wurde, freut und ehrt mich sehr. Das zeigt, dass meine Arbeit als Landesvorsitzender wertgeschätzt wird. Gemeinsam mit Saskia Esken werde ich weiterhin die Interessen unseres Landesverbands in Berlin vertreten. Ich bin stolz, auch zukünftig meinen Teil zu den wichtigen Aufgaben, die jetzt vor uns liegen, beitragen zu können. Die SPD wird in Zukunft dieses Land maßgeblich gestalten. Diese Chance und Verantwortung müssen wir im Bund und in den Ländern nutzen, um das Leben der Menschen jeden Tag besser zu machen. Darüber hinaus muss es unser Ziel sein, dass auch in Baden-Württemberg endlich wieder die Sozialdemokratie regiert.

Im Wahlkreis

Woche der Gemeinschaftsschulen: Besuch in der Egauschule Dischingen



Als Kultusminister habe ich viele Gemeinschaftsschulen im Land selbst genehmigt, so auch die Egauschule. Deswegen bin ich im Rahmen der Woche der Gemeinschaftsschulen in der zweiten Dezemberwoche gerne der Einladung nach Dischingen gefolgt, um mir ein Bild von der Entwicklung dieser noch recht jungen Schulform zu machen. Corona und die Lockdowns seien eine Herausforderung gewesen, berichtete Schulleiterin Heidrun Abele, aber man habe das recht gut geschafft, weil alle an einem Strang gezogen und Mehrarbeit geleistet haben. Der Fernunterricht habe durch die gute IT-Ausstattung und das an der Gemeinschaftsschule gewohnte selbstständige Arbeiten schnell und gut funktioniert. Nach ihren Erfahrungen befragt, lobten die Zehntklässler das gute Klima und die familiäre Atmosphäre an ihrer Schule und fanden vor allem die individuelle Betreuung und das persönliche Coaching besonders wertvoll. Doch dafür braucht es genügend personelle Ressourcen. Hier steht das Land in der Pflicht. Generell sollten mehr multiprofessionelle Teams an unsere Schulen. Wir brauchen Unterstützungssysteme, die unsere Lehrkräfte entlasten, z.B. mehr Schulsozialarbeit und IT-Administratoren. Hier muss eine salomonische Finanzierungslösung zwischen Land und Kommunen gefunden werden.

Der stellvertretende Schulleiter Wolfram Schmoll sieht die durch die Pandemie vorangetriebene Digitalisierung positiv und hofft, dass diese nicht versandet. Digitalisierung muss zukünftig die pädagogische Arbeit im Unterricht erleichtern und noch mehr individuelle Förderung ermöglichen. Die Lernrückstände könne man aufholen, ist sich das Kollegium einig, doch das soziale Miteinander der Kinder habe gelitten. Die Egauschule ist auf einem sehr guten Weg. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Abschlüsse an den Gemeinschaftsschulen genauso gut sind wie an den Schulen des traditionellen dreigliedrigen Schulsystems. Auch Bürgermeister Jakl freut sich über den Erfolg seiner Schule: „Ohne die Umstellung auf Gemeinschaftsschule hätten wir keine weiterführende Schule mehr am Ort. Wir sind gut und breit aufgestellt und wir haben deutlichen Zuwachs.“

„Wie wir euch sehen“: Kinder porträtieren Landtagsabgeordnete

Die 42 Kunstschulen und Kunstwerkstätten in Baden-Württemberg haben im Projekt „Wie wir euch sehen. Landtagsabgeordnete im Porträt“ alle 154 Abgeordneten des Landtags künstlerisch dargestellt. Die Kunstwerke wurden in den verschiedensten Stilen und Techniken umgesetzt und waren im November im Foyer des Stuttgarter Landtags ausgestellt. Im Rahmen dieser Ausstellung traf ich mich mit der zehnjährigen Künstlerin Rike Hänisch, die im Kurs des KiKu - Kinder und Kunst e.V. im Heidenheimer Kunstmuseum ein Porträt von mir herstellte. Ich finde, sie hat mich ganz gut getroffen - der rote Hintergrund gefällt mir dabei besonders. Diese tolle Aktion habe ich sehr gerne unterstützt, denn für mich gehört Kunst unbedingt zur Bildung dazu, und zwar für jedes Kind, egal, wie viel Geld seine Eltern haben. Beste Bildung kann es ohne Kunst nicht geben. Wenn Kinder ihre künstlerische Ader entdecken, dann lernen sie nicht nur, Neues zu schaffen und eigene Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Sie lernen auch zu sehen, zu empfinden, zu fühlen. Kreativität lässt uns Antworten auf die Fragen unserer Zukunft finden. Kunst ist dabei ungeheuer wichtig, um gute Antworten zu finden.



Foto: Sobia Zimmermann/SPD

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de